



## Asylgesetzverschärfung, kritische Soziale Arbeit und die Frage nach der Mehrheit

**ASYLWESEN** Es besteht kein Zweifel daran, dass die politische Rechte aktuell die deutliche Oberhand hat. Wir sind überdies mit immer mehr Verschärfungen in allen Bereichen konfrontiert, welche auch die Soziale Arbeit und jene Menschen betreffen, welche mit dieser zu tun haben. Dies steht als deutliches Beispiel dafür, dass sich die Soziale Arbeit nicht unpolitisch verhalten kann. Sich nicht zu verhalten würde bedeuten, die Verschärfungen lautlos hinzunehmen. Nur: Wie sollen wir uns verhalten? Wir wollen am Beispiel des Asylgesetzreferendums zwei Positionen innerhalb der Kriso vorstellen. Dabei geht es hauptsächlich um die Frage: Kann sich kritische Soziale Arbeit auf Mehrheiten stützen?

**ERSTENS** Gegen die am 26. September 2012 beschlossenen Verschärfungen wurde das Referendum ergriffen, welches aus folgenden Gründen notwendig ist: Der Asylbereich ist ein Aufgabengebiet der Sozialen Arbeit. Die bisherigen und aktuellen Verschärfungen im Asylbereich deuten daraufhin, dass sich dies ändert und Sozialarbeitende lediglich bestimmen, wer als „renitent“ gilt und die Betreuung bzw. „Versorgung“ von privaten Sicherheitsfirmen vollzogen wird. Gemäss dem revidierten Asylgesetz können Asylsuchende, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden oder den Betrieb der Empfangsstelle erheblich stören, in besonderen Zentren untergebracht werden (vgl. Art. 26, Abs. 1 bis AsylG). Die Diagnose der Sozialarbeitenden und darauffolgende Unterbringung der als renitent klassifizierten Asylsuchenden in Lagern ist bedenklich und fordert eine Auseinandersetzung mit der Geschichte. Bereits während des Zweiten Weltkriegs haben FürsorgerInnen Menschen in „Minderwertige und Hochwertige“ klassifiziert. Diese Klassifizierung konnte zur Zwangssterilisation oder zur Einweisung in ein Konzentrationslager führen. Ebenfalls während der Zeit des Zweiten Weltkrieges wurde der Schweizer Bevölkerung in Grenzgebieten oder in der Umgebung von Internierungslagern jeglichen Kontakt mit Flüchtlingen untersagt. Der nun angestrebte Umgang mit Konflikten im Asylbereich deutet auf eine weitere Verschärfung in Richtung Abschottung, Bestrafung, Angsterzeugung und Ablenkung von den wahren Problemen hin. Somit kann zudem einer Auseinandersetzung gegen teilweise berechtigten Widerstand von Asylsuchende gegenüber den jetzigen Bedingungen zerstört werden, indem diese nun individuell als „störende Faktoren“ abgeschottet werden. Auch der Aspekt der Asylgesetzrevision, dass die Einreichung des Asylgesuchs bei einer Schweizer Botschaft abgeschafft werden würde, verstärkt die soziale Ungleichheit und Diskriminierung. Damit wird die Flucht für bedrohte Personen - insbesondere Frauen, Kinder und generell Flüchtlinge ohne Vermögen - erschwert. Gerade in Zeiten, wo die Festung Europa durch Sicherheitsfirmen wie Frontex verteidigt wird, ist die Flucht nach Europa für vulnerable Personen beinahe verunmöglicht. (Fortsetzung auf Seite 2)

### Zu dieser Ausgabe

Dies ist die Zeitschrift des Forums für kritische Soziale Arbeit in Zürich und Basel. Im Rahmen unserer kritischen Auseinandersetzung mit der Sozialen Arbeit, der Sozialpädagogik und der Soziokulturellen Animation berichten wir in unregelmässigen Abständen aus kritischer Perspektive über diese Berufsfelder. Im Fokus stehen die sich verschärfende Marktlogik und die neoliberalen Tendenzen im Sozialwesen. Diesen stellen wir die Position einer Sozialen Arbeit gegenüber, die sich nicht zum Spielball machen will!

### Plattform verteilen?

Möchtest Du an Deiner Schule, Uni oder in Deinem Betrieb einige Ausgaben der Plattform verteilen? Wir sind darauf angewiesen und danken Dir für diese Form der Mitwirkung ganz herzlich. Schreib uns eine E-Mail an [ags.kriso@gmx.ch](mailto:ags.kriso@gmx.ch) mit deiner Postadresse und der gewünschten Anzahl Exemplare.

### Plattform verpasst?

Vergangene Ausgaben und andere Publikationen der Kriso sind immer auf [www.kriso.ch](http://www.kriso.ch) zu finden.

### Mitmachen?

AG Soziokultur [ska.kriso@gmx.ch](mailto:ska.kriso@gmx.ch)  
AG Theorie [theorie.kriso@gmx.ch](mailto:theorie.kriso@gmx.ch)  
Soziale Kämpfe [ags.kriso@gmx.ch](mailto:ags.kriso@gmx.ch)  
Kriso Basel [basel.kriso@gmx.ch](mailto:basel.kriso@gmx.ch)  
Kriso Zürich [kriso@gmx.ch](mailto:kriso@gmx.ch)

Es stellt sich die Frage, welche Absichten hinter dieser Politik stehen. Soll die Flucht nach Europa nur noch vermögenden Personen gelingen, die bereit sind alles aufs Spiel zu setzen, um diese dann in Lagern für „Renitente“ zu „versorgen“ und Ausschluss und Diskriminierung zu institutionalisieren? Auch die Abschaffung des Asylgrundes Wehrdienstverweigerung oder Desertation ist fragwürdig. Welches Zeichen wird damit gesetzt? Schweizerische Unternehmen verdienen Geld am Handel mit Kriegsmaterial; gleichzeitig werden mit der neuen Asylgesetzrevision Menschen, die an einem Krieg nicht teilnehmen möchten, im Regen stehen gelassen.

Entdemokratisierungstendenzen nehmen zu

Mit der Gesetzesrevision werden zudem Entdemokratisierungstendenzen im Asylbereich festgehalten. Während der Testphase von zwei Jahren erhält der Bundesrat eine Entscheidungsvollmacht (vgl. Art. 112b AsylG). Was bedeutet die Einschränkung bzw. Abschaffung von Mitbestimmung in einer Demokratie? Die Erklärung von Dringlichkeit der Asylgesetzrevision deutet weiter daraufhin, dass demokratische Prinzipien missachtet werden und Angst gegenüber Asylsuchenden geschürt wird, indem die dringliche Asylgesetzrevision anscheinend „keinen Aufschub duldet“ und deshalb ab sofort in Kraft trat (vgl. Art. 165 BV). Gemäss Adorno bewirkt die Individualisierung von strukturellen Begebenheiten Unbewusstmachungsprozesse. „(...) in der Fremdheit des Volkes zur Demokratie [widerspiegelt sich] die Selbstentfremdung der Gesellschaft“.

Kritischer Diskurs statt Resignation

Da die Wirtschaft immer wieder von Krisen gezeichnet wird, besteht in der Bevölkerung eine latente Angst vor der nächsten Krise und somit vor Arbeitslosigkeit und Armut. Damit die latente Angst in der Bevölkerung gelindert werden kann, wird häufig der Mechanismus der falschen Projektion eingesetzt. Indem beispielsweise Asylsuchende für die scheinbar leeren Staatskassen verantwortlich gemacht werden, kann von den Problemen abgelenkt werden, indem Angst geschürt und fremdenfeindliche Gesetze erlassen werden. Äusserst bedenklich sind zudem die Argumentationen beispielsweise der SP sowie von Amnesty International, dass das Referendum nicht unterstützt wird, da der SVP keine Plattform gewährt werden möchte und eine Abstimmung keine Aussicht auf Erfolg hätte. Die Resignation ist gefährlich für die direkte Demokratie der Schweiz. Wenn gar keine Diskussionen mehr geführt werden, können sich rationale Argumente nicht durchsetzen. Ein Diskurs ist notwendig, weshalb das Referendum unterstützt werden sollte.



**ZWEITENS** Kann sich kritische Soziale Arbeit sich auf die Mehrheit stützen? In dieser Plattform begegnen wir einem Paradigma, welches innerhalb Krisis ab und zu Diskussionen auslöst. Der Artikel zum Asylreferendum formuliert im letzten Abschnitt eine Position, zu der es innerhalb Krisis eine explizite Gegenposition gibt. Als Forum will Krisis offen sein für verschiedene, vielfältige (kritische) Perspektiven, diese diskutieren, öffentlich zur Debatte stellen und diese manchmal auch einfach nebeneinander stehen lassen. Deshalb soll mit folgendem Artikel noch eine andere pointierte Sichtweise auf das Themenfeld Demokratie, Diskurs und Mehrheiten für die kritische Soziale Arbeit zu Sprache kommen. Als Lohnabhängige, die im Sozialbereich arbeiten, stehen wir immerwährend vor einem Widerspruch: An welchen Kriterien orientieren wir unsere Arbeit?

Das Fundament der Sozialen Arbeit ist meist schlicht und einfach der staatliche Auftrag und dieser ist formal demokratisch legitimiert. Er widerspiegelt also eine „Mehrheitsmeinung“ – wie auch immer diese zustande gekommen ist und was auch immer sie bedeutet. Mit diesem Auftrag könnte die Soziale Arbeit ihre Suche nach Legitimation zufrieden geben und sozialpolitische Entscheidungen vollziehen. Insbesondere kritische Positionen Sozialer Arbeit lassen sich jedoch nicht auf diese Legitimation reduzieren. Mit gutem Grund: Kritische sozial Arbeitende wollen sich intuitiv meist nicht einfach zu MultiplikatorInnen normierender Kräfte machen. Sie wollen nicht die Mehrheitsmeinung gegen Minderheiten durchsetzen, sondern vielmehr Partei gerade für Ausgegrenzte, Schwächere oder Ressourcenärmere einnehmen und deren Interessen gegen die Norm, gegen die Mehrheit durchsetzen. Dies mit dem Wissen, dass Gleichheit eben nicht gerecht ist in einer Gesellschaft, die systematisch in allen Lebensbereichen ungleich strukturiert ist. Deshalb wird heftig über Werte oder Referenzen debattiert, an denen sich Soziale Arbeit zu orientieren hat. Ob Menschenrecht- oder Gerechtigkeitsprofession, für Selbstermächtigung, Verteilungsgerechtigkeit oder Klassenkampf, alle diese Positionen orientieren sich nicht einfach am gesellschaftlichen Status quo und der aktuellen Mehrheitsmeinung, sondern an einer Perspektive, die über eigene Werthaltungen oder mehr oder weniger explizite politische Überzeugungen zustande kommt und die in eine fortschrittliche Richtung weist.

Parteilich oder der Mehrheit verpflichtet?

Diese Frage ist nicht abgehoben, sondern sie wird in politischen Analysen aber auch in unserer Praxis konkret. So haben wir als Krisis z. B. selbst eine Intervention gegen die Ausgrenzung von Bier-Trinkenden auf der Bäckereianlage in Zürich durchgeführt, die diesen Widerspruch in sich birgt. Wir haben eine Umfrage bei den NutzerInnen des Areals durchgeführt mit dem Ziel, aufzuzeigen, dass die Mehrheit gegen die Ausgrenzung von „Randständigen“ ist. Auch wenn die Mehrheit tatsächlich Ausgrenzungsmechanismen kritisierte, mussten wir dennoch selbstkritisch feststellen, dass wir mit dieser Methode auf einen Diskurs eingegangen sind, der nicht unbedingt unserer Werthaltung entspricht. Vielmehr sind wir generell gegen die Ausgrenzung anderer, unabhängig von der Meinung der Mehrheit der NutzerInnen. Als Sozial Arbeitende wäre es eher die Pflicht, allfällige Ausgrenzungsmechanismen abzubauen. Als kritische Sozial Arbeitende müsste man zudem den Fokus weg von der reinen Verwaltung der Anlage hin auf den politischen Kontext der Quartieraufwertung legen.

Wie ändern wir die Rahmenbedingungen?

Die Orientierung an einer abstrakten Demokratie oder konkreten Mehrheitsmeinung kann also im Widerspruch zur Orientierung an progressiven Werten stehen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Argumentation des Artikels zum Referendum in zweierlei Hinsicht gefährlich. Zum einen müssen wir beim Zustandekommen des Referendums inhaltlich wirklich mit einer Bestätigung, demokratischeren Legitimierung und stärkeren Institutionalisation von Rassismus rechnen, gerade durch das wahrscheinliche Scheitern an der Urne. Da hilft der nett gemeinte Diskurs den Betroffenen wenig. Wie aber können wir als Sozial Arbeitende unsere Rahmenbedingungen ändern, die Situation verändern, politisch eingreifen und eben politische Resignation verhindern? Eine praktische Antwort ist dazu nicht leicht zu finden und wird vielfältig sein (deshalb unterstützen wir dennoch das Referendum, um damit Sozial Arbeitende zu sensibilisieren). Aber Grundlage dafür ist die kritische Reflexion mit dem politischen System. Aus emanzipatorischer Sicht sollte sich eine solche Analyse nach der Frage orientieren, ob in einer politischen Herrschaftsform die Interessen der Schwächeren eher konkret durchgesetzt und Ungerechtigkeit abgebaut werden kann.

„Direkte Demokratie“, idealistisch und abstrakt – ohne die Einbettung in konkrete gesellschaftliche Produktions- und Machtverhältnisse und ohne ihren konkreten Inhalt – einzufordern, ist dabei fatal. Ihrem Inhalt nach zeichnet sich die „beste Demokratie der Welt“ schliesslich dadurch aus, dass es den Herrschenden im reichsten Land der Welt immer wieder zuverlässig gelingt, Reichtum am ungleichsten zu verteilen (ausgenommen Singapur) und sozial- und geschlechterpolitische Errungenschaften auf tiefstem Niveau zu halten. Nicht umsonst kommt die Forderung nach mehr „direkter Demokratie“ sonst von SVP-Ungerechtigkeitsfanatikern. Neokonservative haben die direkte Demokratie schon lange als effiziente Regierungsform entdeckt, weil Diskurse eben nicht primär durch „rationale Argumente“ (immerhin stellt sich die Frage, was an der Kategorisierung in Schweizer und Ausländer rationell sein soll) vorangetrieben werden, sondern auch von Machtressourcen abhängig sind.

Eine Frage des Kräfteverhältnisses

Der Vergleich der sozialpolitischen Errungenschaften mit anderen Ländern zeigt aber auch auf, wie eben politisches Handeln zu Erfolgen führen kann. Sie sind dort fortgeschritten, wo sie durch starke ArbeiterInnen- und Frauenbewegungen erkämpft wurden. Diese Bewegungen – und das muss auch für die kritische Soziale Arbeit gelten – orientierten sich nicht an der wie auch immer „herrschenden“ Meinung oder an einem Diskurs per se, sondern an eigenen Wertvorstellungen und an der eigenen Mobilisierungs- und Durchsetzungsstärke. Resignation in die direkte Demokratie der Schweiz ist also vielmehr zu begrüssen, weil sie ermöglicht, über das herrschende politische System hinauszublicken und eigene Entwürfe von Selbstbestimmung (wir könnten es echte Demokratie nennen) zu entwickeln und praktisch einzuüben. Wenn jedoch die schweizerische politische Regierungsform als einzig wahre Form politischen Handelns oder einziger Ort von „Diskussionen“ propagiert wird, besteht tatsächlich die Gefahr, dass Resignation gegenüber dieser „Demokratie“ eben auch in allgemeine politische Resignation umschlägt.

Arbeitsgruppe Soziokulturelle Animation

## New Public Management – Ein Versuch mehr, die Soziale Arbeit weiter zu bürokratisieren und zu entwaffnen

NEW PUBLIC MANAGEMENT Die Veranstaltung am Donnerstagabend, 25. Oktober präsentierte die von der Kriso erarbeitete Broschüre zum New Public Management (NPM). Fast vierzig interessierte Menschen sind gekommen und haben mitgeholfen, die Theorie mit Beispielen aus der Praxis zu verbinden und auf diese Weise zu konkretisieren.

NPM, als neue Form das Sozialwesen zu organisieren, ist nicht etwa eine Innovation dieses Jahrtausends, sondern existiert schon mehrere Jahrzehnte. Seine Einführung und Umsetzung wird durch die Politik der „leeren Kassen“ legitimiert. Der Staat ist verschuldet und versucht darum im Service public abzubauen: ein schlankeres Sozialwesen mit weniger Aufgaben im Öffentlichen Dienst, das ist das Ziel. Erreicht wird dies durch Privatisierung. Aufgaben werden ausgelagert; es entstehen DienstleistungsanbieterInnen, die sich entweder selber finanzieren oder Leistungsaufträge von Stadt/Kanton/Staat erhalten. Effizienz, Output, Qualitätsmanagement, Markt und Wettbewerbslogik sind für das NPM zentrale und bedeutende Schlagwörter. Die logische Konsequenz der Einführung des NPM in der Sozialen Arbeit ist die Entpolitisierung dieser.

Neue Begrifflichkeiten halten Einzug

NPM bedient sich ganz bewusst einer Sprache mit spezifischen Begriffen. Durch diese klar definierten Begriffe wird ein Bild einer eindimensionalen Realität hergestellt, in welcher der Neoliberalismus herrscht und zu der es keine Alternativen gibt. Eine zu schnelle und nicht reflektierte Übernahme dieser Begriffe führt zu Problemen. So besteht beispielsweise die Gefahr, dass bei Leistungsaufträgen die auftraggebende Organisation (zum Beispiel der Staat) als Kunde gilt. Die KlientInnen, welche vom Angebot der ausführenden Organisation profitieren wollen, stehen somit an zweiter Stelle, wenn überhaupt. Anschliessend an die ersten Inputs zur Logik und Sprachlichkeit des NPM's wurde die Brücke zur Praxis des NPMs in der Sozialen Arbeit geschlagen. Allerdings erstmals über die Parallelen im Bildungswesen.

Anscheinend liessen sich keine Sozialarbeitende finden, die bereit waren, über aktuelle Probleme des NPM in der eigenen Anstellung zu berichten. Der Druck der ArbeitgeberInnen scheint gross zu sein.

Stattdessen wurde ein Beispiel aus dem Bildungsbereich präsentiert, das viele Parallelen zur Sozialen Arbeit aufweist. Deutsch als Zweitsprache gehört zur obligatorischen Schulzeit für Kinder und Jugendliche, die als Fremdsprachige in die Schweiz kommen. Viele Gemeinden kaufen diese Leistung ein. Zum Beispiel in der von der Bildungsdirektion anerkannten Schule „Wirkung Plus“ (Name frei erfunden). (K)eine Schule im Bürogebäude ohne Pausenplatz mit mangelnder Infrastruktur und vor allem nicht ausgebildeten Lehrkräften. Der Vorteil dieser Dienstleistung: sie ist kostengünstig und sie sei, laut der ehemaligen Mitarbeiterin, ein Auffangbecken für Kinder, die in der öffentlichen Schule nicht tragbar seien. Das „Outsourcing“ der schulischen Aufgabe „Deutsch als Zweitsprache“ funktionierte nicht lange. Die Zustände verschlechterten sich dermassen, dass die Bildungsdirektion eingreifen musste und zumindest eine erhöhte Anzahl ausgebildeter Lehrpersonen forderte.

Fehlender Widerstand

Warum wehrt sich niemand? Warum entstand keine alternative Institution, die sich im Wettbewerb behaupten konnte? Diese Fragen konnten mit weiteren Beispielen aus der Praxis der Sozialen Arbeit und des Gesundheitswesens bearbeitet werden. Die rund vierzig Zuhörerinnen und Zuhörer hatten schon einige Erfahrung mit dem New Public Management.

Zum Beispiel von der ORS – eine private börsenkotierte Firma, die als Dienstleistung die Unterbringung von Flüchtlingen anbietet. Leistungspakete aus Unterbringung, Integrations- und Beschäftigungsprogrammen kaufen Gemeinden und Kantone bei der ORS billiger ein, als anderswo. Die Reinigung übernehmen in diesen Unterkünften Flüchtlinge für 5.- Franken am (Fortsetzung auf Seite 4)

Tag. Ähnliche Verhältnisse herrschen zum Teil in der Jugendarbeit, wo Konkurrenz unter ehemals städtischen Institutionen Einzug hält. Auch Fallpauschalen im Gesundheitssystem können erwähnt werden, bis zu Standortwettbewerben unter Gemeinden, die Strategien entwickeln, um Alleinerziehende oder „Verschuldete“ vom Wohnort abzuwehren. Beispiele aus der Praxis gibt es genug. Bei allen zeigen sich die systemimmanenten Widersprüche des NPM: Die Dienstleistungen werden von den Schwächsten in Anspruch genommen, bezahlender Kunde ist aber die öffentliche Hand. Wahlmöglichkeiten gibt es grundsätzlich nicht für die Menschen, welche soziale Arbeit benötigen. Informationen über Angebote sind ihnen nicht transparent zugänglich. Die Qualität der Sozialen Arbeit nimmt ab, weil Vernetzungsarbeit im Konkurrenzgefüge unmöglich wird. Das NPM wird an den Schwächsten getestet. Dies eröffnet Grundlagen, das Modell radikal einzuführen.

Können wir uns nicht doch wehren?

Alles Hoffnungslos? Nein. Sozialarbeitende müssen der Logik des NPM's ihre Fachlichkeit entgegenstellen. So wird aus dem Publikum gefordert, den Rattenschwanz der Abhängigkeit ( Sozialhilfe-bezügerInnen von Sozialdienstlern- von Sozialdepartementsvorsteher- von Regierung und von Stimmvolk) umzudrehen: Warum nicht einfach so viel Geld abgeben, wie die Fachlichkeit, das dritte Mandat, fordern würde? Was würde dann geschehen? „Wenn sich Sozialarbeitende organisieren und an einem Tag allen 1000.- zu viel abgeben würden, ja dann würde garantiert etwas passieren.“

Arbeitsgruppe Soziale Kämpfe

## „Parteilichkeit ist eine professionelle Haltung“

SOZIOKULTUR Die AG Soziokultur hat eingeladen und über fünfzig Personen sind am 11. Dezember zur Veranstaltung „(Re-) Politisierung der Sozialen Arbeit? Intermediär oder parteilich, politisch oder neutral?“ erschienen. Brisanterweise fand diese Veranstaltung in der Bäckerei statt, also nicht gerade in einer Institution, welche sich in der Vergangenheit durch besonders linke Positionierung in der Gemeinwesenarbeit hervorgetan hätte.

An jenem Ort, der sich in jüngster Vergangenheit durch das polizeiliche Vertreiben von biertrinkenden Menschen aus dem öffentlichen Raum einen Namen gemacht hat (siehe Bild) und dies ohne dass sich die Soziokulturelle Animation dagegen positioniert hätte, fand also diese sehr interessante Veranstaltung statt. Sie begann mit einem historischen Überblick der AG Soziokultur: War die Gemeinwesenarbeit (GWA) früher einmal parteilich und hatte damit einen politischen Standpunkt inne, so wandelte sie sich historisch über die Lebensweltorientierung und den partizipativen Charakter hin zu einer intermediären und damit scheinbar „neutralen“ Instanz im öffentlichen Raum. Abgeschlossen wurde die Einleitung mit einer deutlichen Positionierung: „Parteilichkeit ist eine professionelle Haltung“, begründet damit dass eine Notwendigkeit besteht, einen kritischen Blick auf sozialarbeiterische Theorie und Praxis zu werfen und die Frage zu stellen, ob „Neutralität“ im sozialarbeiterischen Rahmen überhaupt möglich sei. Die Kriso, vertreten durch die AG Soziokultur beantwortete diese Frage mit „nein“ und konfrontierte die RednerInnen mit der Frage, wie das politische Mandat der Soziokultur zu begründen und mit welchen Methoden es umzusetzen sei.

Eine Frage der Politisierung...

Annette Hug, eine der drei eingeladenen Referierenden neben Edi Martin und Rahel El Maawi meinte gleich zu Beginn, dass die Soziale Arbeit durchaus politisiert sei, wenngleich von rechts. Dies werde subjektiv öfters als nicht politisiert verstanden. „Wie kommt die Linke wieder in die Praxis?“, fragte sie. Eine klare Antwort konnte sie darauf nicht geben, was uns angesichts unserer eigenen Praxis und deren Schwierigkeiten auch nicht vollends erstaunte. Sie stellte aber die Frage des Staates ins Zentrum ihres Referates. Die Linke müsse sich darin neu erfinden, nachdem diese immer wieder den bürgerlichen repressiven Staat kritisierte, jenem den Service public entgegenstellte und meinte, dieser sei es

nun würdig, verteidigt zu werden. Heute seien es aber die Bürgerlichen selber, welche die grösste Staatskritik formulieren würden und alles daran setzen, diesen abzubauen. Somit bleibt in der Tat wenig Platz, den Sozialstaat von links zu kritisieren.

...und des Diskurses?

Rahel El Maawi machte ein interessantes Beispiel für den öffentlichen Diskurs: Die Central- und Bellevuekrawalle seien medial durchs Band als unpolitisch und symptomatisch für eine degenerierte Jugend transportiert worden. Der Diskurs sei also vollends von rechts dominiert gewesen und es bestehe die Notwendigkeit, dass Sozialarbeitende mehr Mut haben sich auch öffentlich dazu zu positionieren. Sie seien es, welche eine Expertenrolle einnehmen würden. Weshalb aber etwa Sozialarbeitende einen dermaßen schwachen gewerkschaftlichen Organisationsgrad haben, oder weshalb die Soziale Arbeit tatsächlich in der Defensive steht und sich nicht auf die grossen Podien des Diskurses stellt (oder stellen kann?), kam an dieser Veranstaltung wenig zur Sprache.

Radikale Kritik am Sozialwesen blieb aus

Die anschliessende Kleingruppendiskussion wurde für fundierte Analysen und Kritik der Praxis der Sozialen Arbeit rege genutzt. Die Fragen, welchen emanzipativen Wert die heutige Professionalisierung der Sozialen Arbeit in sich trägt, oder wie das Verhältnis zwischen teilweise ausgesprochen kritischen theoretischen Ansätzen und der doch gar nicht sehr stark politisierten Praxis sowie den sozialarbeiterischen Ansprüchen aussieht erhielten insgesamt doch etwas wenig Gewicht. Nichts desto trotz können wir bei dieser Veranstaltung von einem Erfolg sprechen, nicht zuletzt deswegen, weil viele offene Fragen innerhalb der Kriso nun mit einer gewissen Deutlichkeit neu aufgeworfen wurden und sich viele Leute für die Thematik an sich zu interessieren scheinen. Das ist für uns generell ein gutes Zeichen und lädt ein, hierbei anzuknüpfen. Tun wir es gemeinsam!

